

## Hat die Universität eine Zukunft?

Thorsten Nybom

Die traditionelle europäische Universität hat heute nicht mehr die selbstverständliche und unmittelbare Legitimität wie noch vor 20 Jahren. Ihre Hauptaufgaben: Akademisches Grundstudium, hochqualifizierte Berufsausbildung und Grundlagenforschung lassen sich nach Auffassung des Autors nicht mehr erfüllen, wenn Massenausbildung mit Eliteausbildung und Spitzenforschung vereinigt werden soll. Der Beitrag behandelt die Stellung und die Aufgaben des höheren Ausbildungs- und Forschungssystems in der künftigen Informations- und Leistungsgesellschaft an Hand der Entwicklung an europäischen und amerikanischen Universitäten.

## Essay über die Stellung und die institutionellen Formen der höheren Ausbildung in Europa<sup>1</sup>

Wie immer, wenn ein verantwortungsvoller Forscher mehr oder wenig zerstreute Gedanken über zentrale Probleme und Haupttendenzen der gegenwärtigen und zukünftigen Gesellschaftsentwicklung diskutiert, ist es die Absicht dieses "Mini-Essays" über höhere Ausbildung und Forschung, eher die Welt zu komplizieren als zu vereinfachen. Außerdem muß auch gesagt werden, daß es sich hier nicht primär um die spezifische schwedische Situation handelt, mehr um die generellen Entwicklungslinien und modischen Glaubensartikel, die heute in fast allen nationalen Diskussionen über Hochschulausbildung und Forschung umherwirbeln: Effektivisierung, Rationalisierung, Dezentralisierung, Wettbewerb, Evaluierung, Deregulierung, Privatisierung, Ranking usw..

Jede Diskussion über Lage, Organisation und Aufgaben der Universität muß heute zum Ausgangspunkt haben, daß die traditionelle europäische Universität nicht mehr die selbstverständliche und unmittelbare Legitimität wie noch vor 20 Jahren hat.

Um das Vertrauen der Umwelt zu erwerben, in die sie eingebunden ist, also das Vertrauen der Finanziere, Abnehmer auf dem Arbeitsmarkt und der Studenten, **und** um ihre Existenz - und nicht zuletzt ihre traditionellen Autonomieansprüche zu begründen - muß die Universität, so wie alle anderen gesellschaftlichen Institutionen ihre Nützlichkeit für das Gemeinwohl beweisen. Kurz gesagt, die Universität muß einen neuen Vertrag mit der Gesellschaft abschließen, denn der Berliner Vertrag von 1810 ist schon seit langem abgelaufen.

Mit einem Paradox könnte man die gegenwärtige Legitimationskrise auf die Entstehung der so genannten Kompetenz- oder Informationsgesellschaft zurückführen. Diese Entwicklung hat nicht nur die **Nachfrage** nach qualifizierter Ausbildung und wissenschaftsbezogener Kompetenz vervielfacht. Sie hat auch während der letzten drei Jahrzehnte das **Angebot** solcher Dienste revolutioniert. Das universitäre Monopol auf hochqualifiziertes Leistungs- und Sachwissen ist schon lange nicht mehr gegeben.

---

<sup>1</sup> Vorlesung beim Seminar des Schwedischen Instituts "Deutsch-Schwedischer Forschungsaustausch" an der Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Skandinavistik, 23. - 25. April 1993.

Neben den traditionellen Universitäten gibt es nämlich heute eine Reihe von alternativen Institutionen, die Spitzenforschung, erstklassige Ausbildung und qualifiziertes Sachwissen anbieten können. Sowohl für den Arbeitsmarkt und die Finanziere, wie auch für die zukünftigen Studenten ist die Universität also nur **eine** von mehreren Alternativen geworden. Eine wichtige und unmittelbare Konsequenz dieser neuen Konkurrenzsituation sind die verschärften Ansprüche an offene Rechenschaft und quantitative Leistungsindikatoren. Diese externen Ansprüche sind heute nicht nur legitim sondern auch unausweichlich geworden. Jeder Versuch, das traditionelle "signallose" Universitätssystem zu erhalten, das es bis jetzt vielerorts in Europa gegeben hat, ist umsonst.

Es gibt noch ein Paradox in der heutigen Entwicklung; Mit einer tiefen und allgemeinen Unsicherheit über die zukünftigen Aufgaben, Rollen und Organisationsprinzipien des Ausbildungs- und Forschungssystems, ist eine fast kritiklose Überzeugung von den segensbringenden Wirkungen der höheren Ausbildung und Forschung verbunden. Politiker und Forscher behaupten, daß es eine ganz enge und unmittelbare Interdependenz zwischen Forschung/Ausbildung auf der einen Seite und wirtschaftlicher Expansion auf der anderen gibt. Diese These ist, gelinde gesagt, ein wenig pauschal, wenigstens wenn man sie nicht stark nuanciert und qualifiziert.

Das einzige, was man über diesen Nexus mit Sicherheit sagen kann, ist, daß diese Verbindung zwischen Forschungs/Ausbildungskapazität und wirtschaftlichem Potential wahrscheinlich existiert. Aber wenn Wissenschafts- und Universitätsvertreter öffentlich und kategorisch erklären, daß Mehrausgaben für Forschung, oder zum Beispiel eine Verdoppelung der Promotionen, unmittelbare und automatische Wirkungen auf die Wohlfahrt und den wirtschaftlichen Erfolg eines Staates haben würden, dann laufen sie nur die höchste Gefahr, eine erneute Vertrauenskrise zu schaffen. Die Wissenschaftskepsis und Expertenverachtung der 70er Jahre waren in hohem Grad die direkte Folge einer verantwortungslosen Hybris von Seite der Wissenschaftler in den 50er und 60er Jahre. **Noch** zweifelhafter wird es, wenn man - wie die Schweden heute noch glauben - daß es möglich ist, spezifische Ausbildungen als wirtschaftlich besonders relevant zu bestimmen. Bei solchen mechanischen Extrapolierungen läuft man nur die offensichtliche Gefahr, die wirtschaftsstrategische Kompetenz von gestern - nicht von morgen - zu verstärken.

Selbstverständlich ist es möglich, **andere** Gründe für eine Maximierung der höheren Ausbildung und Forschung anzuführen. Zum Beispiel könnte man argumentieren, daß höhere Ausbildung und Forschung **an sich** solche rein "zivilisatorische" Qualitäten einbegreifen, daß es immer wohlbegründet ist,

die beiden optimal zu unterstützen. Aber in diesem Fall wäre es viel richtiger, die Ausgaben für Ausbildung und Forschung nicht als wirtschaftsstrategische oder sozialökonomische **Investitionen** zu betrachten, sondern eher als notwendige kulturelle **Kosten** zu definieren.

Wenn man über diesen Legitimitätsverlust redet, ist es notwendig zu verstehen, daß die traditionelle deutsche/skandinavische Universität in ihrer Grundfassung von Anfang an ein suboptimales System war - um einen Begriff aus der Wirtschaftswissenschaft zu gebrauchen. Es war, mit anderen Worten, ein System, in dem man verschiedene - und oft fast antagonistische - Aufgaben und Tätigkeiten zu verbinden suchte: akademisches Grundstudium, hochqualifizierte Berufsausbildung und Grundlagenforschung. Bis ungefähr 1975 waren die Finanziere, Abnehmer und Studenten im ganzen geneigt, diese Ordnung zu unterstützen. Wahrscheinlich hat man die zusätzlichen, kulturellen und "sozialen" Gewinne dieses Systems so hoch geschätzt, daß man bereit war, die Extrakosten zu akzeptieren.

Heute gibt es jedoch in vielen Ländern deutliche Zeichen dafür, daß diese Bereitschaft zu Ende ist. Es handelt sich dabei dann nicht mehr nur um eine krasse "cost-benefit"-Analyse, sondern auch um einen wachsenden Zweifel, daß die traditionell organisierten Universitätsstudien überhaupt fähig seien, die allgemeine "Sittlichkeit" in der Gesellschaft zu untermauern, so wie es Wilhelm von Humboldt einmal gedacht hat. In den Vereinigten Staaten meinen die meisten Beobachter, daß "the golden era" der rückhaltslosen und massiven Unterstützung, die die Universitäten seit 1945 genossen haben, vorbei ist. Das, was man noch vor 20 Jahren als "an undisputed public good" betrachtete, wird heute, immer öfter, als "a dubious private privilege" angesehen, und dieses Privileg sollte dann auch von den Begünstigten selber bezahlt werden - d.h. von den Universitätsprofessoren und den Studenten aus dem oberen Mittelstand.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik könnte vielleicht ebenfalls als eine interessante Illustration dienen. Aber um nicht Eulen nach (Spree) Athen zu bringen, gehe ich in diesem besonderen Zusammenhang auf das Beispiel Deutschlands nicht ein. Denn gerade in diesem Leserkreis wissen ja schon alle, daß es auch in Deutschland Kritiker gibt, die immer öfter "value for money" fordern, und die mangelnde Gesellschaftsrelevanz und praktische Nützlichkeit des traditionellen Universitätssystems beklagen. Es wird sogar angedeutet, daß dieses System im Kern so verrottet sei, daß es überhaupt nicht reformierbar ist, außer durch die Einführung von irgendwelchen radikalen Varianten des alten schwedischen Systems der 70er Jahre mit Berufsanknüpfung und festen Studienreglementen.

Doch die Spannungen zwischen den verschiedenen Funktionen im traditionellen europäischen Universitätssystem sollen nicht nur als einfache Konsequenzen unbegründeter politischer Entscheidungen oder internakademischer Irrtümer betrachtet werden. Vor allem sind sie eine logische Folge der beispiellosen Expansion des höheren Ausbildungswesens während der letzten 30 Jahre. Wenn das Ausbildungssystem einen gewissen Umfang erreicht, ist es in der Praxis unmöglich, ein einheitliches System beizubehalten, das in beiden **notwendigen** Aufgaben von Massen- und Eliteausbildung zu vereinen versucht. Das Endergebnis könnte dann nur eines werden: Qualitäts-senkung, Effektivitätsverlust und steigende Suboptimierung. Wenn man Massenausbildung mit Eliteausbildung und Spitzenforschung vereinen will, **muß** man - wie es Clark Kerr in Kalifornien schon 1959 erklärt hat - auch einsehen, daß man in der Wirklichkeit ein differenziertes System einführen muß. Die Illusion, daß man durch stramme bürokratische Zentralplanung und "Verschulung" die beiden Hauptaufgaben in demselben System vereinen könnte - wie man es in Schweden während der 60er und 70er Jahre gemacht hat - ist und bleibt nur ein Ausdruck grenzenloser bürokratischer Arroganz und politischer Dummheit. Folglich hat man in Schweden dadurch nur ein ultimatives bürokratisches Kunststück geschaffen: Es ist den schwedischen Bürokraten nämlich gelungen, die absolut schlimmsten Teile der beiden Systeme zu verbinden - numerus clausus und Nivellierung.

Um alle Mißverständnisse zu vermeiden, muß betont werden, daß der Differenzierungszwang nicht notwendigerweise eine **qualitative** oder vertikale, sondern eine **funktionelle** oder horizontale Aufteilung einschließt: d.h. die Aufteilung von Aufgaben und Kompetenzen zwischen **verschiedenartigen** aber in ihren **spezifischen Bereichen**, erstklassigen Institutionen. Zusammenfassend könnte man also sagen, daß die Universitäten bei der Jahrhundertwende, genau wie bei den beiden vorherigen, eine seriöse Diskussion über die zukünftigen Kernaufgaben führen müssen. Wenn die Universitäten das nicht **selber** machen, dann können sie ganz sicher sein, daß diese Aufgaben von **anderen** Kräften in der Bürokratie, Wirtschaft und Politik formuliert werden.

Die Universitätsvertreter müssen sich ernsthaft die Frage stellen, ob die traditionelle Universität auch noch in 15 Jahren die dominierende institutionelle Form der höheren Ausbildung und Forschung sein wird. Meiner Meinung nach bleibt diese Frage offen. Es liegt nahe, sich vorzustellen, daß die drei Hauptaufgaben - Forschung, Grundstudium und Berufsausbildung - zwischen drei verschiedenen und hochspezialisierten Institutionen aufgeteilt werden. **Eines** konnte man jedoch auf jeden Fall feststellen: Es wäre vollständig illusorisch, wenn man behauptete, daß eine Rückkehr zu den alten Humboldt-Idealen eine realistische Alternative im Zeitalter der Massenaus-

bildung wäre. Das ist sie leider nicht - eine Tatsache, die man wohl bedauern, aber nicht bestreiten kann.

Es scheint mir aber auch ganz zweifelhaft, ob die heutigen Deregulierungsversuche - oder vielleicht besser "Amerikanisierungsbestrebungen" - eine unmittelbare Lösung der großen gegenwärtigen Systemprobleme darstellen. Ich sage das nicht, weil ich die Deregulierungsmaßnahmen für verkehrt halte, sondern weil ich meine, daß diese Strategie oder Politik fast überall - also nicht nur in Schweden - von falschen Voraussetzungen und Prämissen aus durchgeführt wird. Dadurch drohen diese Maßnahmen die existierenden Probleme eher zu verstärken als sie zu lösen. Der Hauptfehler ist, meiner Meinung nach, daß die Deregulierung oder Freistellung nur in den vereinfachtesten Freiheitstermini beschrieben und motiviert werden.

Laut den begeisterten Fürsprechern sollte man also die heutige Entwicklung Schwedens ausschließlich als eine segensreiche Befreiung vom zentralstaatlichen Kontrollapparat und Regelsystem der 60er und 70er Jahre begreifen. Was man wahrscheinlich überhaupt nicht verstanden hat, ist, welche Rolle der Staat in dem traditionellen europäischen Universitätssystem eigentlich spielte. Statt in erster Linie Kontrolleur zu sein, war der Staat in diesem System **Schutzengel**. Die Berliner Universität entwickelte nämlich ihre Autonomie gerade **im Schutz** des preußischen Königs. Die Autorität des zentralen Staates war der erste und letzte Garant für diese abgegrenzte Freistätte, wo die freie Forschung, die vertiefte Reflexion und das systematische Wissenssuchen blühen konnten. Der Staat sollte verhindern, daß sich illegitime und verderbliche Interessen aus Politik, Religion und Wirtschaft in die die Ausbildungs- und Forschungsinstitutionen hineindrängten.

Ein noch fataleres Mißverständnis in diesem Zusammenhang findet man in den Pauschalbewertungen der Entwicklung während der 60er und 70er Jahre. Im Gegensatz zur etablierten "Wahrheit" bin ich der Meinung, daß man überhaupt nicht von einer Machtexpansion des Staates zu dieser Zeit sprechen kann. Im Gegenteil hat der Zentralstaat in diesen Jahren seine traditionelle Verantwortung für die höhere Ausbildung aufgegeben und sie auf verschiedene Partikulärinteressenten in der Politik, der Bürokratie, in den Gewerkschaften und Studentenorganisationen übertragen. Die Folge dieser faktischen Abdankung des Staates war, daß das Ausbildungssystem mit Aufgaben und Pflichten sozialer, politischer und gesellschaftlicher Art überfordert wurde und dadurch nicht im Stande war, seine Kernaufträge und Hauptverpflichtungen zu erfüllen. Wenn man im Falle Schwedens einen "Hauptaktuer" in diesem Prozeß ernennen sollte, wäre es nicht der Staat, sondern lieber der Zentralverband der Angestellten und Beamten (TCO), mit ihrer

ideologisch bestimmten Ambition, die "Hochschulen" in stramme Kaderanstalten umzuwandeln.

Es scheint mir so, als ob man in vielen politischen **und** akademischen Kreisen nicht verstanden hat, daß die gegenwärtige gesamteuropäische Entwicklung, wenigstens zum Teil, den Charakter einer wahrhaften Kulturrevolution hat, wo ganz neue Verwaltungsstrukturen, Machtverhältnisse und institutionelle Formen entstehen. Die gegenwärtige Umstrukturierung wird also mit sich bringen, daß die Universitäten völlig neue Aufgaben bekommen und auch ihre eigenen Handlungsräume und kreativen Milieus aufarbeiten und sicherstellen müssen. Außerdem sind sie auch gezwungen, die volle politische, ökonomische, soziale und rechtliche Verantwortung für ihre Tätigkeit zu tragen.

Wie ich schon früher bemerkte, wird das Beispiel Amerika oft und schlagwortartig benutzt und in der heutigen europäischen Deregulierungsdiskussion mißbraucht. Die allgemeine Verwirrung ist nicht nur die natürliche Folge des amerikanischen Systempluralismus, sondern auch eine logische Konsequenz akuten Wissensmangels im Bereich amerikanischer höherer Ausbildung. Wenn wir die Diskussion auf die großen "research universities" begrenzen, ist es außerordentlich wichtig zu betonen, daß man unter diesen Lehranstalten nicht nur eine scharfe Konkurrenz um Mittel, Professoren und Studenten findet, sondern man könnte auch ein wohlentwickeltes System enger Zusammenarbeit auf fast allen Ebenen entdecken. In den Vereinigten Staaten spricht man oft von "a system of **coopetition**".

Was den Spezialfall "Privatisierung" betrifft, ist das amerikanische System noch gefährlicher heranzuziehen. Die großen US-Universitäten werden nämlich weder vom Markt, noch von der Politik oder dem Staat gelenkt. Stattdessen sind sie selbstständige "Misch-Ökonomien", wo die private Stanford University ebenso abhängig vom Staat und föderalem Geld ist wie die staatliche UC Berkeley. Eine interessante Tatsache in diesem Zusammenhang ist, daß die gegenwärtige Krise in der öffentlichen Ökonomie das private Universitätssystem härter als das staatliche getroffen hat.

Man sollte auch hervorheben, daß das Nichtvorhandensein zentraler Regelungen in den Vereinigten Staaten dazu geführt hat, daß die großen Universitäten ihre eigenen Schutzmauern wohletablierter Gesellschaftsvertreter aufgerichtet haben. Die erste Pflicht dieser "**Boards of Regents**", "**Boards of Trustees**" etc. ist nicht Internkontrolle auszuüben, sondern die fundamentalen Interessen der Universität gegen die umgebende Gesellschaft wahrzunehmen. Hier gibt es auch einen historischen und prinzipiellen Unterschied zwischen den amerikanischen und europäischen Universitäten. Die

amerikanischen Universitäten waren nie "elfenbeinerne Türme", sie sind immer ein wohlintegriertes Teil ihrer spezifischen sozialen Umgebung - "the community" - gewesen, dadurch haben sie auch eine bedeutende sozio-politische Kompetenz aufgebaut, die die europäischen Universitäten selten besitzen.

Im amerikanischen Kontext ist es vielleicht auch angemessen, die gegenwärtige "Evaluierungswut" mit einigen Worten zu kommentieren. Zum Unterschied zu Europa ist "Evaluation" ein wohletabliertes Teil der amerikanischen Universitätswelt. Es handelt sich hier um einen fortlaufenden **interakademischen** Prozeß. Diese Alltagsaktivität hat also überhaupt nichts mit bürokratisch - oder politisch - bestimmten "**performance indicators**" zu tun. Der Hauptzweck ist es also nicht, eine "rationale" Mittelverteilung und verbesserte politische Steuerung zu schaffen, sondern die eigene intellektuelle Gesundheit und Innovationskraft zu verstärken. Daß die University of Chicago oder Michigan - wie heute in Schweden - den Evaluierungsprozeß einem externen zentralbürokratischen Amt überlassen sollten, wäre buchstäblich gesprochen undenkbar.

Wie eine von oben ideologisch bestimmte "Deregulierung" oder "Marktanpassung" in der Wirklichkeit zu einer prononcierter Politisierung führen kann, läßt sich in der englischen Entwicklung während der letzten 10 Jahre ablesen. Durch offene ökonomische Drohungen und politischen Druck hat die konservative Regierung das autonomste Universitätssystem der Welt mit einem beneidenswerten individuellen Unterricht und seinen einzigartig guten Studienergebnissen stufenweise demoralisiert und die stolzen akademischen Institutionen in managementverpestete "Service-Einrichtungen" umgewandelt. Aus der englischen Entwicklung könnte man auch die schmerzliche Lehre ziehen, daß akademische Exzellenz an sich keine Garantie gegen politische Intervention ist. Das Universitätssystem, das die britische Regierung während der letzten 12 Jahre unermüdlich "verbessert" hat, war nämlich das unvergleichlich beste in Europa.

Damit bin ich auch zu meiner einleitenden Problematik zurückgekehrt: die Stellung und Rolle des Ausbildungs- und Forschungssystems in der zukünftigen Informations- und Leistungsgesellschaft. Es wird sich um ein System handeln, das von selbstverwaltenden und konkurrenzexponierten Institutionen und von mehreren machtvollen und selbstbewußten Finanziers dominiert wird. In diesem "freien" System ist es so wichtig wie noch nie, daß die Akademiker eine öffentliche und voraussetzungslose Prinzipien Diskussion über die intellektuellen Grundwerte führen.

Gewiß, es gibt keine **naturbestimmte** Koppelung zwischen Deregulierung und Marktanpassung auf der einen Seite, und Antipluralismus, instrumentalistisches Gebrauchsdenken und verstärkte Politisierung auf der anderen. Aber doch ein System, wo die Forschungs- und Ausbildungsinstitutionen sich im scharfen Wettbewerb um Mittel, Studenten usw. befinden, **könnte** auch einen verheerenden Opportunismus unterstützen und verstärken. Stufenweise **könnte** das auch mit sich bringen, daß die Universitäten vollkommen wehrlos gegen verschiedene Formen externer Penetration werden, denn an diesem Punkt könnten sie überhaupt nicht ihre traditionellen Ansprüche auf Autonomie aufrechterhalten.

Das einzige wirksame Korrektiv ist und bleibt ein funktionierendes und wohlverankertes Regel- und Normensystem, das auch in der umgebenden Gesellschaft eine selbstverständliche Legitimität besitzt. Nur aus diesem Grund ist es möglich, ein Ausbildungs- und Forschungssystem mit der notwendigen moralischen, intellektuellen und organisatorischen Stärke zu etablieren, das auch in der Zukunft die traditionelle "Lern- und Lehrfreiheit" - das Kronjuwel in Wilhelm von Humbolds glänzender Schöpfung von 1810 - verteidigen kann.

Akademiker und Universitätsvertreter, die sich dem Geschehen vorbehaltlos zur Verfügung stellen, oder die die Forderungen eines ideologisch bestimmten Zeitgeistes mit ewigen Prinzipien und Werten vermischen, werden sehr bald und sehr brutal wahrnehmen, daß der Weltgeist in diesen Tagen sehr schnell reitet.

Anschrift des Verfassers:

Thorsten Nybom  
Rat für Universitäts- und Hochschulforschung  
und Uppsala Universität  
PO Box 45 501  
S - 104 30 Stockholm  
Sweden